



## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Sybilla Nitsch (SSW)**

**und Antwort**

**der Landesregierung – Minister für Energiewende, Klimaschutz,  
Umwelt und Natur (MEKUN)**

### **CCS Greensand (Dänemark)**

1. Gab es eine internationale Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zum CCS-Projekt Greensand in Dänemark, bei der das MEKUN und das LBEG (Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie des Landes Niedersachsen) eingebunden waren?

Ja.

2. Wurde von einer Verfahrensbeteiligung abgesehen? Wenn ja, warum?

Da nach eingehender Prüfung der Unterlagen zum CCS-Projekt Greensand im Jahr 2024 – das dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie des Landes Niedersachsen (LBEG) unter dem Namen „Nini West CO<sub>2</sub> Storage Project“ bekannt ist – das LBEG keine Betroffenheit der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) feststellen konnte, wurde von einer Verfahrensbeteiligung abgesehen. Das Prüfungsergebnis des LBEG wurde vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) bestätigt, sodass von einer weiteren Verfahrensbeteiligung Deutschlands abgesehen wurde.

3. Auf welcher Rechtsgrundlage wurde von einer Verfahrensbeteiligung abgesehen?

Die Rechtsgrundlage dafür, dass auf eine Verfahrensbeteiligung verzichtet wurde, ergibt sich aus § 58 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

4. Wurde eine Betroffenheit der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) festgestellt? Wenn nein, warum?

Nein, es wurde keine Betroffenheit festgestellt, da das Speichergebiet „Nini West“ im äußersten Norden der dänischen AWZ, nahe der Grenze zu norwegischen Hoheitsgewässern, liegt.

5. Wann wurde eine Strategische Umweltprüfung (SUP) in Verbindung mit dem Projekt Greensand durchgeführt?

In den Jahren 2021/2022 wurden dem LBEG von dänischer Seite SUP-Unterlagen zugeleitet, die u.a. das Projekt Greensand umfassten und vom LBEG geprüft wurden.

6. Was waren die Ergebnisse der SUP?

Das Fazit der Prüfung durch das LBEG lautet:

Nach Prüfung der dänischen Flächenausweisungen für Öl & Gas und CO<sub>2</sub>-Speicherung liegen die relevanten Flächen ausschließlich westlich von 6° 15“ östl. Länge im Bereich der dänischen EEZ. Eine Störung der direkt an Schleswig-Holstein angrenzenden Flächen ist daher sehr unwahrscheinlich.

Bei der Entwicklung von CO<sub>2</sub>-Speichern in grenznaher Lage ist zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der konkreten Projektplanung zu prüfen, inwieweit von diesen eine grenzüberschreitende Auswirkung in den Bereich der deutschen AWZ gegeben ist.

Aus bergbaulicher Sicht ergeben sich zurzeit keine Anmerkungen zum dänischen Meeresraumplan.

7. Welche Maßnahmen plant das Land Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit dem Projekt Greensand?

Derzeit plant das Land Schleswig-Holstein keine eigenen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Projekt Greensand.